

## Das erklärte Ziel bleibt die „Netto-Null“

**Flächenverbrauch** Ministerin Tanja Gönner spricht von einer Trendwende. Von Katharina Sorg

Asphalt statt grüner Wiesen, Wohnungen statt Wälder – diese Entwicklung möchte Umweltministerin Tanja Gönner auch künftig weiter eindämmen. Schon im Jahr 2006 hatte der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger in seiner Regierungserklärung das langfristige Ziel einer „Netto-Null“ beim Flächenverbrauch für Baden-Württemberg ausgegeben. „An dieser Zielsetzung halten wir auch weiter fest“, sagte Gönner. Allerdings sei es schwierig zu sagen, wann diese „Netto-Null“ erreicht werde.

Die Ministerin zog gestern eine positive Zwischenbilanz in Sachen Flächenverbrauch. Man könne sich zwar noch lange nicht zurücklehnen, jedoch inzwischen von einer Trendwende sprechen, sagte Gönner. Immer noch werden in Baden-Württemberg täglich sieben Hektar freie Fläche neu bebaut. Im Vergleich zum Jahr 2007, in dem täglich 10,3 Hektar Wälder und Wiesen weichen mussten, sei der Flächenverbrauch in den Jahren 2008 und 2009 aber um 30 Prozent zurückgegangen.

„Das Thema Flächenverbrauch ist inzwischen auch in vielen Rathäusern angekommen“, sagte Gönner, und das nicht nur bei den Bürgermeistern, sondern auch bei den Gemeinderäten. Es müsse viel Überzeugungsarbeit geleistet werden – wie erfolgreich man mit dieser Argumentation auch bei anziehender Konjunktur in diesem Jahr bleibe, müsse sich allerdings zeigen. Die Zahl der Baugenehmigungen ist im dritten Quartal 2010 bereits um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal angestiegen. Es wird also wieder mehr gebaut, und das wohl nicht nur, wie auch die umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Gisela Splett, vermutet, auf innerörtlichen Brachflächen. Splett bezweifelt, dass der bisherige Rückgang das Ergebnis politischer Weichenstellung ist. Vielmehr handle es sich um einen konjunkturbedingten Rückgang von Bauprojekten. Mit dem Anstieg der Zahl von Baugenehmigungen sei nun auch wieder mit einem Anstieg des Flächenverbrauchs zu rechnen. Die SPD-Fraktion hält die verkündete Reduzierung zwar für erfreulich, fordert aber von der Landesregierung weiter klare Vorgaben. „Wir wollen eine klare Vorgabe für jede Region“, sagt Johannes Stober, der umweltpolitische Sprecher der SPD. Nur so entstehe in den Kommunen der Druck, freie Flächen auch wirklich zu schonen.

Ähnliches fordert auch der Landesnaturschutzverband. Zwar freut man sich über die klaren Worte von Ministerin Gönner in Richtung der ländlichen Kommunen, das Freiwilligkeitsprinzip hält der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret aber für unzureichend. Eine einheitliche Regelung für alle sollte Gemeinden belohnen, die sich an die Einsparappelle halten, und jene reglementieren, die mit günstigen Baulandpreisen ihre Flächen verschleudern.

Am Prinzip der Freiwilligkeit will Ministerin Gönner aber weiter festhalten. „Die Planungshoheit werden wir den Kommunen nicht wegnehmen“, sagte sie. Es gelte, weitere Anreize zu schaffen. Mit dem Programm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ will das Land, wie schon im vorigen Jahr, auch 2011 eine Million Euro an Fördermitteln vergeben. Eine angestrebte Bundesratsinitiative soll den Kommunen im Grundsteuer- und Einkommensrecht weitere finanzielle Vorteile für die Bebauung von Innenstadtfeldern bringen.



Tanja Gönner setzt beim Thema Flächenverbrauch weiter auf Freiwilligkeit. Foto: Heiss

### Kontakt

**Redaktion Landespolitik**  
Telefon: 07 11/72 05-11 81  
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 25

# Tauziehen um Mehrarbeit für Beamte

**Finanzen** Regierungschef Mappus hält an seinen Sparvorgaben fest. Doch die CDU-Fraktion sucht nach Alternativen. Von Reiner Ruf

In der Stuttgarter Regierungskoalition ist ein Tauziehen um die geplante Mehrarbeit für einen Teil der Beamten zu beobachten. An den Enden des Taus stehen auf der einen Seite Ministerpräsident Stefan Mappus, auf der anderen Seite Fraktionschef Peter Hauk. Konkret geht es bei dem sogenannten Vorgriffsstundenmodell darum, dass Beamte bis zum Alter von 40 Jahren für einige Zeit 42 Stunden statt der üblichen 41 Stunden pro Woche arbeiten sollen. Die zusätzliche Arbeitszeit wird ihnen nach den Plänen der Landesregierung später zurückerstattet.

In den Jahren der Mehrarbeit sind weniger neue Stellen zu besetzen. Die Regierung geht von 2872 Stellen aus. Auf diese Weise entsteht ein Einspareffekt, den sie auf etwas 160 Millionen Euro beziffert. Dabei handelt es sich um einen Teil des Sparpakets mit einem Volumen von einer halben Milliarde Euro, das der Koalitionsausschuss Ende November beschlossen hatte.

Doch obwohl die beiden Fraktionschefs Peter Hauk (CDU) und Hans-Ulrich Rülke (FDP) in die Entscheidung eingebunden waren, grummelt es in den Reihen der Regierungsabgeordneten gewaltig. Sie werden von den Beamtenverbänden mit Protestbekundungen überschüttet – und das im Vorfeld der Landtagswahl. „Den Abgeordneten geht der Hintern auf Grundeis“, befindet ein Beamtenlobbyist. Am Montag machten die Abgeordneten der Lehrergewerkschaft GEW und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch im Staatsministerium aus ihrer Ablehnung keinen Hehl.

Volker Stich, der Landeschef des Beamtensbunds, hatte zuvor dem Ministerpräsidenten in mehreren Gesprächen einen Sparbeitrag von 100 bis 120 Millionen Euro angeboten, den er mittels einer Verschiebung der nächsten Besoldungserhöhung zu erbringen gedachte. Darauf konnte Mappus allerdings kaum eingehen, weil er damit nur einen einmaligen Spareffekt erreicht hätte, was seinem ohnehin eher dünnen Sparpäckchen, das nur teilweise echte Kürzungen enthält, weitere Substanz geraubt hätte. Stich suchte und fand daraufhin Trost bei der SPD-Landtagsfraktion – eine Verbrüderung, die in den Regierungsfaktionen mit großem Unbehagen zur Kenntnis genommen wurde.

Für ihre Fraktionsklausur, die gestern in Heidelberg begonnen hat, erarbeitete die CDU deshalb zügig zwei Alternativmo-



Beamte sollen bis zum Alter von 40 Jahren im sogenannten Vorgriffsstundenmodell pro Woche eine Stunde länger arbeiten. Ministerpräsident Mappus bezweifelt allerdings, dass sich genug Freiwillige finden, um 160 Millionen Euro einzusparen. Foto: dpa

delle zur verpflichtenden Mehrarbeit. Plan eins präsentiert ein Vorgriffstundenmodell, das nach den Vorstellungen von Fraktionschef Hauk ganz auf Freiwilligkeit setzt. Plan zwei legt den jeweiligen Ressorts lediglich eine Einsparsumme auf, die sie in eigener Verantwortung zu konkretisieren hätten.

Meldungen vom Montag, die obligatorische Mehrarbeit sei vom Tisch, dementierte Regierungschef Mappus gestern jedoch. Ein Freiwilligkeitsmodell, darin ist er sich mit Beamtensbundeschef Stich einig, werde die geforderten 160 Millionen Euro nicht erbringen. Dieser Einsparbetrag sei

### Kommentar

## Kraftvoll, aber ratlos

**Koalition** Im Streit über das Sparpaket hat sich die Koalition verrannt. Regierungschef Mappus und Fraktionschef Hauk liefern sich eine Machtprobe. Von Reiner Ruf

Kraftvolles Regieren ist Stefan Mappus eine Herzensangelegenheit. Doch nach seinem Soloauftritt beim Rückkauf der EnBW-Aktien, den er am Landtag vorbei lancierte, lässt er jetzt in der Debatte über sein Sparpaket etwas mehr Vorsicht erkennen – in den engen Grenzen, die sein Machtanspruch zulässt. Soll die CDU-Fraktion doch Alternativen zum Vorgriffsstundenmodell vorlegen, lautet seine Botschaft. Hauptsache, die Einsparvorgabe wird erfüllt. Eine höhere Grunderwerbsteuer, wie ursprünglich geplant, schließt er jedoch weiter kategorisch aus. Für Fraktionschef Peter Hauk bietet sich jetzt die Möglichkeit, endlich eine ei-

gene Handschrift erkennen zu lassen. Seine der Landtagswahl entgegenstehenden Abgeordneten geben ihm dabei möglicherweise Rückendeckung, fürchten sie doch den Zorn der wählenden Beamten. Freilich muss Hauk sich vorhalten lassen, im Koalitionsausschuss die Pläne des Regierungschefs abgesegnet zu haben.

Es ist ein verwackeltes Bild, das die Regierungskoalition abgibt. Vier Wünsche will sie sich erfüllen: keine Steuern erhöhen, niemanden belasten, den Etat sanieren und vor allem die Landtagswahl gewinnen. Vier Wünsche sind aber mindestens einer mehr, als jede gute Fee erfüllen kann. Mappus & Co. müssen sich entscheiden.

## Behörde erlaubt Suchttherapie in Karlsruhe

**Diamorphin** Das einst umstrittene Modellprojekt ist jetzt zur Dauereinrichtung geworden. Von Johanna Eberhardt

Acht Jahre nach dem Start des Karlsruher Modellprojekts zur diamorphingestützten Substitutionstherapie für schwerstabhängige Drogenkonsumenten in einer Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt (Awo) hat das Regierungspräsidium Karlsruhe jetzt die Erlaubnis zur regulären Abgabe des Präparats erteilt. Damit werde aus der Modelleinrichtung eine dauerhafte Anlaufstelle für Schwerstabhängige, teilte die Pressestelle der Behörde gestern mit. Es handle sich um die erste Einrichtung dieser Art landesweit. Die Awo er-

fülle alle gesetzlichen Voraussetzungen. Dazu gehörten etwa entsprechende qualifizierte Ärzte und ein funktionierendes Sicherheitskonzept bei Anlieferung, Lagerung und Ausgabe des Diamorphins

Die Substitutionstherapie, die bis jetzt meist mit Methadon erfolgt, soll opiatabhängige Patienten psychisch, gesundheitlich und sozial stabilisieren und sie nach Möglichkeit nicht nur aus der illegalen Beschaffungskriminalität, sondern der Sucht insgesamt herausführen. In der Karlsruher Einrichtung wurden seit 2002 im Rahmen

eines Modellprojekts die Wirkung von Methadon und Diamorphin, einem künstlich hergestellten, sehr reinen Heroin, verglichen. Dabei zeigte sich, dass das Diamorphin einem Teil der Patienten besser half als Methadon. Die Zulassung in Karlsruhe gilt für 30 schwerstabhängige Patienten, die auf Kassenkosten mit dem Opiatderivat versorgt werden.

Ursprünglich war vorgesehen, in insgesamt acht Einrichtungen im Land, darunter in Stuttgart, Mannheim und Freiburg, die Diamorphinsubstitution zu ermöglichen. Ob und wann er dazu kommt, ist noch offen. Da bisher das Bundesamt für Arzneimittel die Abgabe des Mittels erlauben musste, sind nach einer Gesetzesänderung nun die Landesbehörden zuständig.

### Fahrradsicherheit

## Ministerin: Kinder sollen Helme tragen

Mehr Kinder sollen beim Radfahren Helme tragen – dafür hat die Landesregierung die Aktion „Fahrradsicherheitspaket“ gestartet. Sie solle helfen, die Helmtragequote von bundesweit nur 56 Prozent zu verbessern, teilte Verkehrsministerin Tanja Gönner (CDU) in Stuttgart mit. 2010 verunglückten im Südwesten mehr als 1000 Kinder mit dem Fahrrad, 173 wurden schwer, 855 leicht verletzt. Hinter der Aktion stehen das Unternehmen KED-Helmsysteme (Freiburg) und der Glühwürmchen-Verlag (Markgröningen), die ein Sicherheitspaket aus Fahrradhelm mit LED-Licht, CD und Reflektoren bieten. dpa

# Deutscher Pass als Lohn für dubiosen Informanten

**Geheimdienst** Agenten halfen Iraker in Karlsruhe bei der Einbürgerung – angeblich ohne Wissen der Landesregierung. Von Andreas Müller

Die Affäre um einen aus dem Irak stammenden Informanten des Bundesnachrichtendienstes (BND), der mit falschen Angaben über ein Biowaffenprogramm Saddams Husseins eine zentrale Begründung für den Irakkrieg lieferte, beschäftigt nun auch die Landespolitik. In der Antwort auf eine Grünen-Anfrage äußert sich das Innenministerium von Heribert Rech (CDU) zu den Umständen, unter denen der Mann mittlerweile in Baden-Württemberg die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hat. Danach haben BND-Beamte im Jahr 2008 die Einbürgerung bei der Stadt Karlsruhe veranlasst und begleitet, ohne dass die Landesregierung davon Kenntnis erhielt. Der Grünen-Innenexperte Hans-Ulrich Sckerl hält dies für „höchst unglaubwürdig“ und fordert weitere Aufklärung.

Der Iraker Rafid al-J. – angeblich ein Chemieingenieur – war 1999 nach Deutsch-

land geflohen und im Jahr 2000 als Asylberechtigter anerkannt worden. Bekannt wurde er als Informant des Bundesnachrichtendienstes mit dem Decknamen „Curveball“, der über ein Biowaffenprogramm des irakischen Diktators und mobile Biowaffenlabore berichtete. Diese Angaben dienten den USA maßgeblich als Begründung für den Irakkrieg im Jahr 2003. Der damalige US-Außenminister Colin Powell berief sich sogar öffentlich auf den BND-Informanten, zu dem Washington aber offenbar keinen direkten Zugang erhielt. Später erwies sich seine Angaben als frei erfunden, seither gilt der Fall als große Blamage für den Nachrichtendienst.

Durch Recherchen des NDR-Magazins „Panorama“ wurde im Dezember bekannt, wie sich der BND „trotz erwiesener Lüge“ noch jahrelang um den Mann kümmerte. Über eine Münchner Tarnfirma („Thiele und Friedrichs“) habe er bis Ende 2008

monatlich 3000 Euro netto erhalten; eine Gegenleistung sei aus dem Arbeitsvertrag nicht hervorgegangen. Offenbar habe sich „Curveball“ verpflichtet, nicht mit den Medien über seinen Fall zu sprechen. Ein Interview scheiterte laut „Panorama“ daran, dass der Mann dafür Geld verlangte. Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele hatte es „nicht mehr vertretbar“ genannt, wie der Informant noch im Nachhinein alimentiert worden sei.

Das Fernsehmagazin enthüllte zudem, wie der Geheimdienst „Curveball“ zur deutschen Staatsbürgerschaft verhalf. Zwei BND-Beamte hätten ihn demnach bei der Stadt Karlsruhe als Einbürgerungsbewerber vorgestellt, das gesamte Verfahren begleitet und die erforderlichen Unterlagen beigebracht. Auch dies kritisierte Ströbele scharf: Spätestens seit der BND aus den Meldungen der Amerikaner gewusst habe, dass die Informationen über ein irakisches Biowaffenprogramm frei erfunden waren, hätte „wirklich Feierabend“ sein müssen.

Das Innenministerium bestätigte jetzt auf Grünen-Anfrage, dass der BND bei der Stadt Karlsruhe den Einbürgerungsantrag eingereicht und das Verfahren begleitet habe. Weder das Ressort selbst noch das Regierungspräsidium Karlsruhe seien beteiligt gewesen. Ein Mitarbeiter des Dienstes habe sich im Vorfeld beim Innenministerium

**Die Angaben über Biowaffen im Irak erwiesen sich später als frei erfunden.**

„allgemein über verschiedene Rechtsfragen zur Einbürgerung eines irakischen Staatsangehörigen erkundigt“; man habe aber weder den Hintergrund der Anfrage noch die Identität des Betroffenen gekannt. Der Grünen-Abgeordnete Sckerl nannte es dagegen unvorstellbar, dass bei einem politisch derart brisanten Fall nur die örtliche Behörde informiert sei.

Laut Innenressort wurde im Verfahren routinemäßig beim Bundesamt für Flüchtlinge nachgefragt, ob Hindernisse für die Einbürgerung vorlägen. Dabei habe die Karlsruher Behörde aber nicht auf die „unrichtigen Angaben“ zum Irak hingewiesen, weil sie diese damals nicht gekannt habe.